

Schirmherrschaft: Die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch

Mitgliederversammlung des „Runden Tisches für Zuwanderung und Integration, gegen Rassismus“

Datum: 19.08.2019

Ort: *einewelt* haus in Magdeburg

Zeit: 16:00-17:30 Uhr



RUNDER TISCH
FÜR ZUWANDERUNG
UND INTEGRATION
GEGEN RASSISMUS
IN SACHSEN-ANHALT

Protokoll

Anwesende:

Manfred Seifert (Vorstandsvorsitzender des Runden Tisches),
Robert Schönrock (Koordinator für Migration und Integration der Stadt Halle),
René Seidel (Ministerium für Inneres und Sport),
Björn Malycha (Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration),
Albrecht Steinhäuser (Beauftragter der Evang. Kirchen beim Landtag /Landesregierung),
Alexander Dexbach (Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt),
Mieste Hotopp-Riecke (Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V.),
Monika Schwenke (Caritas Verband für das Bistum Magdeburg e.V.),
Krzysztof Blau (Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.),
Christine Bölian (Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.),

Manfred Seifert
Vorsitzender des Runden Tisches
manfredwseifert@web.de

Koordinierungsstelle des Runden Tisches
39104 Magdeburg
Stefanie Mürbe, Tel. 0391/50549613
rundertisch@fluechtlingsrat-lsa.de

Schirmherrschaft: Die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch

Helen Deffner (Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.),
Robin Trabert (Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.)

TOP 1. Eröffnung und Begrüßung

Begrüßung der anwesenden Teilnehmer*innen und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, kurze Vorstellungsrunde.

TOP 2. Bericht von der Zukunftswerkstatt des Runden Tisches

In einer kurzen Präsentation fasst Herr Seifert zusammen, was in der Zukunftswerkstatt besprochen wurde. Die geringe Beteiligung der Mitglieder ist eine große Schwäche des Runden Tisches. Wir besprachen die Vision des Runden Tisches. Sie beschreibt ein Sachsen-Anhalt des Miteinander, weltoffen und mit Zugang zur Partizipation für alle Gruppen. Besonders zu erwähnen sind hier noch die Erfolgstreiber des Runden Tisches. Diese beinhalten insbesondere die Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin, die landesweit feste Verankerung des Gremiums und die Vielfalt der Mitglieder, welche das aktuell einzige zivilgesellschaftliche Bündnis auf Landesebene begründen. Einladungen zu Veranstaltungen des Runden Tisches werden von Akteur*innen ernst genommen und der Runde Tisch kann dabei proaktiv Themen wählen. Hierbei sticht noch heraus, dass das Gremium sowohl mit Landrät*innen, Behörden und Akteur*innen der Landkreise oder kreisfreien Städte im Kontakt ist, als auch auf Ebene der Landespolitik Gehör findet. Er hat somit auch die Möglichkeit, Themen zwischen diesen Ebenen zu transportieren. Im Vergleich zu den 90er Jahren gibt es dennoch aktuell viele parallele Strukturen, die berücksichtigt werden sollten. Außerdem herrscht heute auch in der Verwaltung eine stärkere Sensibilität in der Flüchtlingsarbeit. Die Frage nach der konkreten Arbeitsweise des Runden Tisches ist immer noch im Prozess. Es herrscht Einigkeit darüber, dass der Runde Tisch bestehen bleiben soll. Wir sehen viele Aufgaben, die der Runder Tisch angehen kann und ihn aufzulösen würde demnach auch ein völlig falsches Signal senden. Außerdem hat er Ressourcen, die wir nicht ungenutzt lassen wollen. Die Frequenz und Intensität seiner Arbeit sollte den aktuellen Bedürfnissen angepasst sein. Außerdem besteht der Wunsch, den Fokus des Gremiums auf alle Zugewanderten zu erweitern. Es sollte geklärt werden, ob noch Akteure am Runden Tisch fehlen und ob wir aktiv auf diese zugehen möchten. Diese Punkte werden in der nächsten Vorstandssitzung aufgegriffen.

TOP 3. Neuausrichtung der Arbeit des Runden Tisches

Ein Festhalten an den Besuchen in den Landkreisen erscheint uns sinnvoll. Es gibt ansonsten kein wanderndes Gremium und die Landkreise werden dadurch gezwungen, sich mit den Themen auseinanderzusetzen. Dies muss jedoch nicht mit Besuchen der Unterkünfte verbunden sein. Stattdessen könnte der Runde Tisch einen Blick auf die vor Ort vorhandenen Strukturen werfen, diese bewerten und Hinweise geben. Zudem wären Besuche in den Quartieren möglich und damit ein Fokus auf bestimmte Problemzonen, mit der Frage wie hier das Zusammentreffen der (multikulturellen) Aufnahmegesellschaft mit den Zugewanderten funktioniert, sinnvoll. Hierbei möchten wir darauf achten, dass Mitglieder an den Besuchen teilnehmen, die die nötige Nähe zum jeweiligen Thema des Besuchs haben, um einen sensiblen Umgang damit sicherzustellen. Die auftauchenden Themen können dann auf Landesebene transportiert werden, wobei es sinnvoll sein kann, sie vorher aus dem Konkreten zu abstrahieren. Hierbei können Impulse von Akteur*innen zu relevanten Themen gegeben werden. In der Vergangenheit hat der Runde Tisch bereits bewiesen, wie z.B. in Bernburg in 2012, dass die durch ihn geschaffene Aufmerksamkeit auf ein Thema, wirksam eine positive Veränderung eingeleitet werden kann.

Schirmherrschaft: Die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch

Es besteht weiterhin der Wunsch, die Arbeit des Runden Tisches zu dokumentieren und auszuwerten, sowie den Pool an Wissen, der daraus entsteht auf unserer Website verfügbar zu machen. Dies macht Vergleiche zwischen jeweiligen Besuchen in einem Landkreis möglich - hat sich etwas verändert, wurden Vereinbarungen eingehalten?

Des Weiteren möchten wir ein stärkeres Bewusstsein für unser Gremium schaffen - mit uns kann kommuniziert werden und wir können eingeladen werden. Dazu könnten wir die Kommunikation mit den einzelnen Organisationen, wie Beratungsstellen verstärken, die in den Quartieren sind und die Informationen haben, die wir brauchen. Wir könnten in die Verbändeberatung und den Landkreistag rein geben, wer wir sind und was wir machen, mit dem Angebot, uns einzuladen, um Themen landesweit transportiert zu bekommen. Herr Malycha schlägt dazu vor, dass der Runde Tisch sich bei der nächsten Verbändeberatung am 08.11.2019 vorstellt. Er könnte ein Zeitfenster von 15-20 Minuten bekommen, um sich vorzustellen oder mit allen anderen Anwesenden Bedarfe zu besprechen. Außerdem gibt es seit einem Jahr eine Reaktivierung des Gremiums „Bündnis Zivilgesellschaft“, mit welchem wir kooperieren könnten. Es trifft sich am 15.10.2019.

Es wäre schön, wenn die einzelnen Mitglieder sich als solche zeigen würden, um die Schaffung eines Bewusstseins über die Existenz, Aufgaben und Möglichkeiten unseres Gremiums zu fördern. Dies kann z.B. durch das Präsentieren des Logos auf der eigenen Website geschehen (Logo im Anhang der Mail), oder dadurch, dass man sich auf Veranstaltungen auch als Mitglied des Runden Tisches zeigt.

Wir stellen fest, dass wir große Erwartungen an die Arbeit des Runden Tisches haben. Wir sollten uns nicht überfordern und entlastet, aber mit Freude an der Arbeit, weiter unsere Vision verfolgen. Hier stimmen wir uns ab, hier vernetzen wir uns, hier definieren wir die Themen und dann gehen wir in die Landkreise und Landtagsgespräche als Gremium und dennoch als einzelne Mitglieder, die den Fokus auf bestimmte Themen haben. Der Vorstand hat nun Einiges, woraus er filtern kann, welche Problemlagen da sind und welche Arbeitsweisen sind dafür sinnvoll.

Immer wieder zeigt sich Verwirrung unter den Mitgliedern des Runden Tisches über die Frage ob ein Mitglied des Runden Tisches, diesen auch vertreten kann. Dies ist tatsächlich ein Spannungsfeld, da es keine konkreten Abstimmungen zu Themen gibt. Jedes Mitglied vertritt eine Meinung, die es auch am Runden Tisch vertritt. Der Runde Tisch zeichnet sich durch diesen Pluralismus aus.

TOP 4. Kurzberichte der anwesenden Mitglieder

TOP 5. Verschiedenes

Herr Trabert wird die Koordinierungsstelle des Runden Tisches in Kürze an eine*n Nachfolger*in übergeben.

Schirmherrschaft: Die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch

Innerhalb der Kirche gibt es vermehrt Diskussionen über Vorwürfe in Folge der Konversion muslimischer Flüchtlinge zum christlichem Glauben. Aufgrund der Konversion würde vielen dieser Menschen in ihren Heimatländern Verfolgung drohen. Vorwürfe behaupten, dass die Konversion dadurch motiviert ist, ein Abschiebehindernis zu schaffen. Hierbei handelt es sich um ein zielstaatsbezogenes Abschiebehindernis, für dessen Prüfung das BAMF zuständig ist. Wird die Entscheidung des BAMFs rechtlich angefochten, ist es eine Frage des Einzelfalls, die der*die Richter*in entscheiden muss. In unserer Runde gibt es die Idee dazu, eine Expert*innenrunde anzuregen oder das Justizministerium in moderierter Diskussion zur Gesprächsrunde einzuladen.

Der Vorsitzende schließt die Mitgliederversammlung 18.10 Uhr mit Dank an alle Beteiligten.

Protokoll: R. Trabert